



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Für ein starkes Europa gleichberechtigter Partner

Drucksache 17/ 2087

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets vom 9. Dezember 2011.

Durch sie wird die Schaffung einer Stabilitäts- und Fiskalunion eingeleitet, die eine Grundlage für die Weiterentwicklung eines starken Europas gleichberechtigter Partner bilden kann.

Die Verantwortlichen des gemeinsamen Währungsraumes haben die erforderlichen Schritte ergriffen, um endlich eine Rückkehr zu Haushaltsdisziplin und fiskalischer Solidität in allen Euro-Ländern herbeizuführen.

Ausdrücklich begrüßt der Landtag,

- dass in die einzelstaatlichen Rechtsordnungen der beteiligten Länder Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das zulässige jährliche strukturelle Defizit generell auf 0,5 % des nominellen Bruttoinlandsprodukts begrenzen,
- dass zugleich die Vorschriften für das Verfahren bei übermäßigen Defiziten verschärft werden, indem in solchen Fällen ein automatischer Korrekturmechanismus ausgelöst wird,
- dass der Europäische Gerichtshof die Umsetzung dieser Bestimmungen auf nationaler Ebene überwachen wird,

- dass Staaten, die sich in einem Defizitverfahren befinden, der Kommission und dem Rat ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm zur Billigung vorzulegen haben, in dem die notwendigen Strukturreformen beschrieben sind, die zu einer dauerhaften Korrektur des übermäßigen Defizits führen sollen und
- dass Kommission und Rat die Durchführung dieses Programms und die entsprechende jährliche Haushaltsplanung überwachen werden.

Zusammen mit dem beschlossenen Ausbau der Stabilisierungsinstrumente werden so die Eigenverantwortung hoch verschuldeter Länder und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten gleichermaßen gestärkt, ohne dass es zu einer Vergemeinschaftung der Schuldenlast und damit zu einer Schwächung der Finanzierungsbedingungen von Staaten mit solider Haushaltspolitik käme.

Gerade vor diesem Hintergrund richtet der Landtag den Appell an Großbritannien und jene Mitgliedsländer der Europäischen Union, die ihre endgültige Entscheidung unter einen Parlamentsvorbehalt gestellt haben, der Erklärung der Staats- und Regierungschefs in naher Zukunft beizutreten.

Johannes Callsen
und Fraktion

Wolfgang Kubicki
und Fraktion